

Antrag 36/I/2026

UBV HVL

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt

Für eine gerechte Reform der Vermögensteuer – Vermögen fair besteuern, Brandenburgs Handlungsfähigkeit stärken

1 Die SPD Brandenburg unterstützt
2 die Bundes-SPD aktiv bei ihrem
3 Bestreben nach einer Reform der
4 Vermögensteuer.
5 Ziel dieser Reform muss es sein,
6 • große Vermögen künftig
7 stärker und wirksamer zu
8 besteuern,
9 • bestehende Schlupflöcher,
10 Privilegien und Verrech-
11 nungsmöglichkeiten –
12 insbesondere bei der
13 Vererbung großer Un-
14 ternehmensvermögen –
15 konsequent zu schließen.
16 Die SPD Brandenburg setzt sich
17 dafür ein, dass die Vermögen-
18 steuer wieder stärker zu mehr
19 Steuergerechtigkeit beiträgt und
20 ihrer sozialpolitischen Lenkungs-
21 wirkung gerecht wird.
22 Da die Einnahmen aus der Ver-
23 mögensteuer den Ländern zuflie-
24 ßen, soll die Reform ausdrücklich
25 auch dazu beitragen, die Einnah-
26 mesituation des Landes Bran-
27 denburg zu verbessern und da-

Beschlusslage 77/I/2025

28 mit die finanzielle Handlungsfä-
29 higkeit sowie die politischen Ge-
30 staltungsspielräume der Landes-
31 regierung zu stärken – insbeson-
32 dere für Investitionen in Bildung,
33 Infrastruktur und öffentliche Da-
34 seinsvorsorge.

35

36

37 **Begründung**

38 Die Vermögensungleichheit in
39 Deutschland nimmt weiter zu.
40 Der Schweizer Großbank UBS
41 zufolge leben in Deutschland
42 mehr Milliardär*innen als in
43 jedem anderen europäischen
44 Land. Im Jahr 2025 ist das Ver-
45 mögen dieser Gruppe gegenüber
46 dem Vorjahr um 145,9 Milliarden
47 US-Dollar auf insgesamt 692,1
48 Milliarden US-Dollar angewach-
49 sen. Demgegenüber steht der
50 mittlere Haushalt in Deutsch-
51 land, dessen Vermögen lediglich
52 einen verschwindend gerin-
53 gen Bruchteil dieses Reichtums
54 ausmacht.

55 Derzeit werden sehr hohe
56 Vermögen bislang unterpropor-
57 tional besteuert. Eine Studie
58 des Netzwerks Steuergerech-
59 tigkeit (NWSG) zeigt, dass ein
60 Durchschnittspaar mit einem
61 Bruttoeinkommen von 110.000

62 Euro eine Steuer- und Abga-
63 benquote von rund 43 Prozent
64 trägt, während die Familie eines
65 Muster-Millionärs mit einem Ein-
66 kommen von 1,6 Millionen Euro
67 lediglich mit etwa 24 Prozent
68 belastet wird.

69 Erbschaften und Vermögen tra-
70 gen insgesamt nur rund 1,1 Pro-
71 zent zum Steueraufkommen bei,
72 während die Lohn- und Mehr-
73 wertsteuer mit jeweils etwa 30
74 Prozent den Großteil der öffent-
75 lichen Einnahmen sichern. Eine
76 kleine Minderheit kann so immer
77 mehr privaten Reichtum anhäu-
78 fen, während die breite Mehr-
79 heit mit maroden Schulen, brö-
80 ckelnder Infrastruktur und un-
81 zureichend finanzierten öffentli-
82 chen Leistungen konfrontiert ist.

83 Eine Auswertung des NWSG zu
84 45 Großerb*innen zeigt, dass die-
85 se im Jahr 2024 Vermögen in Hö-
86 he von fast 12 Milliarden Euro
87 erbten, darauf jedoch im Durch-
88 schnitt lediglich 1,5 Prozent Steu-
89 ern zahlten. Dem Staat entgingen
90 durch diese Privilegien Steuerein-
91 nahmen in Höhe von rund 3,4
92 Milliarden Euro. Riesige Vermö-
93 gen werden damit nahezu steuer-
94 frei weitergegeben, während die
95 breite Bevölkerung deutlich hö-

96 here effektive Steuersätze trägt. |